



Rede der SVR-Vorsitzenden Christine Langenfeld anlässlich der Übergabe des Jahresgutachtens 2013 an Bundespräsident Joachim Gauck am 12. April 2013

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist mir eine große Ehre und Freude, Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, das diesjährige Gutachten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration zu übergeben. Unser viertes Gutachten befasst sich mit der innereuropäischen Mobilität und ihren Folgen für Deutschland. Durch die EU-Freizügigkeit ist die Europäische Union ein Lebens- und Arbeitsraum für eine halbe Milliarde Menschen geworden. Europa, der Wegfall seiner inneren Grenzen und die damit verbundenen Möglichkeiten sind für die Menschen Alltag. Menschen bewegen sich über die Grenzen und gestalten ihr Europa wirtschaftlich, kulturell, sozial, politisch. Das Gutachten zeigt: Dort, wo Europa Alltag ist, ist Europa kein Elitenprojekt, sondern nahe bei den Menschen. Das ist identitätsbildend. Neben die nationale Identität, die immer noch im Vordergrund steht, tritt zunehmend ein europäisches Bewusstsein. Dieses verbindet sich nicht so sehr mit der EU als Organisation, aber doch mit Europa als einer Werte- und Staatengemeinschaft, der man – häufig auch über persönliche Erfahrungen - verbunden ist. In der Tat trägt Mobilität zum Vertraut Werden mit Anderen bei und befördert so die europäische Integration.

Möchte man Europa stärken, muss es also darum gehen, den Migrationsraum EU, von dem Deutschland in hohem Maße profitiert, weiter auszubauen. Denn auch wenn schon viel erreicht wurde, ist die Europäische Union von einem perfekten Wanderungsraum noch weit entfernt. Eine Art natürliche Wanderungsbarriere bildet die institutionelle Vielfalt innerhalb der EU in Bezug auf Sprachen, Bildung und Ausbildung, Steuer- und Sozialsysteme etc. Andere Mobilitätshemmnisse beruhen auf ungelösten Verteilungsfragen innerhalb der EU und manchmal auch auf nationalem Kleingeist. Sie entstehen, wenn nationalstaatliche Interessen über die Prinzipien des Binnenmarktes und damit das Mobilitätsversprechen gestellt werden. Hier ist zu fordern, dass Politik und Wirtschaft stärker als bislang für das Funktionieren des Mobilitätsraums Europa Verantwortung übernehmen. Die Strukturbedingungen des Binnenmarktes erfordern eine wechselseitige Öffnung der Mitgliedstaaten. Ein Abweichen hiervon stellt das Rückgrat des mit der EU verbundenen wechselseitigen Wohlstandsversprechens in Frage.

In den letzten Jahren hat sich das soziale und wirtschaftliche Gefälle innerhalb der EU massiv verstärkt. Die Verringerung der damit verbundenen Wohlstandsunterschiede ist eine erstrangige politische Aufgabe der EU. Bis dies gelingt, werden allerdings Asymmetrien im



Wanderungsgeschehen forciert, die zu einer zusätzlichen Belastung der Sozialsysteme der wohlhabenderen Staaten führen können. Die soziale Solidarität mit zugewanderten EU-Bürgern ist in der EU sehr weit entwickelt und hat bislang – das zeigt unser Migrationsbarometer - auch eine breite Akzeptanz gefunden. Das Gutachten warnt aber auch: Wenn diese Solidarität mit neuzuwandernden EU-Bürgern über das bereits etablierte Maß hinaus erweitert, gar von einer früheren Erwerbstätigkeit in Deutschland ganz abgekoppelt wird, kann das die Akzeptanz des freien Wanderungsraumes auf eine schwere Probe stellen.

Die Herausforderungen, vor denen die EU und damit auch Deutschland, insbesondere in diesen Tagen der Finanzkrise stehen, sind groß. Der Sachverständigenrat fordert die Politik auf, die weitere Stärkung des Mobilitätsraums Europa als erstrangige politische Priorität zu erkennen und offensiv und glaubwürdig zu vertreten. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Europa muss im wahrsten Sinne des Wortes vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Nur so wird es die Menschen gewinnen.

Vielen Dank!